

## Was dem deutschen Staate frommt

Vor 25 Jahren stimmte der Bundestag für die Einführung des Euro  
Von Jörg Kronauer



REUTERS

Gegner der Euro-Einführung: Die PDS-Gruppe im Bundestag (23.4.1998)

### Euro der Banken und der Exportkonzerne

Auszug aus der [Rede von Gregor Gysi \(PDS\) am 23. April 1998](#) im Deutschen Bundestag:

Ich behaupte, sie (die Europäische Währungsunion, jW) kann auch scheitern, wenn man sie einführt, nämlich dann, wenn die Voraussetzungen nicht stimmen. (...)

Ich behaupte, der Euro kann auch spalten(.) (...) Er unterscheidet innerhalb der Mitgliedsländer der EU zwischen jenen, die an der Währungsunion teilnehmen, und jenen, die daran nicht teilnehmen. Das ist das erste Mal eine ökonomische und finanzpolitische Spaltung zwischen den Mitgliedsländern der Europäischen Union.

Er (der Euro, jW) unterscheidet aber auch und stärker die Euro-Länder. (...) (Alle) würdigen am Euro, dass sich die Exportchancen Deutschlands erhöhen würden. Wenn das dann so ist, dann müssen doch andere Produktionsunternehmen in anderen Ländern darunter leiden. Anders ginge es doch gar nicht.

Das heißt, wir wollen den Export Deutschlands erhöhen und damit die Industrie in Portugal, Spanien und anderen Ländern schwächen. Die werden verostdeutscht, weil sie diesem Export nicht standhalten können. Das ist eines der Probleme, das zu einer weiteren Spaltung innerhalb Europas führt.

Das zweite ist: Es geht selbst innerhalb der verschiedenen Länder um unterschiedliche Regionen. Es haben doch nur die Regionen etwas davon, die in erster Linie vom Export leben. Was ist denn mit jenen Regionen auch in Deutschland, die kaum exportieren? Sie wissen, dass der Exportanteil der ostdeutschen Wirtschaft fast null ist. Sie hat überhaupt nichts davon. (...)

Deshalb sage ich: Es ist ein Euro der Banken und der Exportkonzerne (...).

Verkleinern

Sie war, höflich formuliert, umstritten, die Einführung des Euro, über die der Deutsche Bundestag am 23. April 1998 beriet. Eigentlich war sie längst beschlossene Sache. Bereits in den 1980er Jahren war sie ausführlich diskutiert, im Maastricht-Vertrag von 1992 dann im Kern festgelegt worden. Die Bundesrepublik hatte sich zudem im Jahr 1990 informell gegenüber Frankreich verpflichtet, ihre D-Mark aufzugeben: Die Einbindung in ein gemeinsames Währungssystem – das war der Preis für den Machtzuwachs, den die Übernahme der DDR Bonn einbrachte. Und dennoch, die neue Einheitswährung erregte die Gemüter wie kaum etwas anderes. Im Januar 1998 hatten vier Professoren vor dem Bundesverfassungsgericht gegen sie geklagt; sie fürchteten den Verlust der harten Mark und eine weiche, schwache Währung. Im Februar lehnten sich gleich 155 Wirtschaftswissenschaftler mit einem öffentlichen Protestschreiben gegen sie auf. Wilde Spekulationen über gefälschte Banknoten machten die Runde, manche drangen gar auf ein Referendum. Wäre es abgehalten worden, der Euro hätte kaum eine Chance gehabt: Anfang 1998 stimmten nur 30 Prozent der Deutschen seiner Einführung zu, 58 Prozent hingegen lehnten sie ab.

## **Auf Augenhöhe**

In all dem Tumult hielt das politische Establishment der Republik, wie so oft in wirklich heiklen Lagen, fest zusammen. Und es hatte, blickt man auf die Interessen der herrschenden Klasse, allen Grund dazu. Mit der Euro-Zone, das rief Kanzler Helmut Kohl in der sich über sieben Stunden dahinschleppenden Bundestagsdebatte in Erinnerung, entstehe »ein einheitlicher Markt mit gemeinsamer Währung von 300 Millionen Menschen«, der einen »Anteil von rund 20 Prozent am Welteinkommen« habe: »Das ist vergleichbar mit dem Prozentsatz der Vereinigten Staaten von Amerika.« Der Euro schien also endlich die Chance zu bieten, auf Augenhöhe mit der Weltmacht zu gelangen. Kohl fuhr, das Offensichtliche abstreitend, fort: »Das hat nichts mit missverstandener europäischer Großmannssucht zu tun«, prahlte aber trotzdem, die Schaffung einer starken EU-Währungszone werde »gewaltige Wirkungen entfalten«. Exaußenminister Hans-Dietrich Genscher erklärte ergänzend, es sei doch ein »Anachronismus, dass wir in der Europäischen Union 14 verschiedene Währungen haben«: »Nur mit einer gemeinsamen Währung können wir auf den globalen Finanzmärkten bestehen.«

Und da war dann noch die Sache mit dem Export. Die Bundesrepublik war, daran erinnerte Finanzminister Theodor Waigel, »ein stark exportorientiertes Land«, das »ein Viertel unseres Sozialprodukts (...) im Export« erwirtschaftete. »60 Prozent unseres Außenhandels wickeln wir mit unseren Nachbarn in der EU ab«, konstatierte Waigel, und Kohl fügte hinzu, »mehr als 40 Prozent unserer Ausfuhren« gingen »in die Länder, die jetzt der Euro-Zone beitreten werden«. Vorteilhaft war da die Einheitswährung nicht nur, weil sie lästige Umrechnungsmodalitäten ersparte. Sie nahm vor allem auch Ländern wie Frankreich, Italien oder Spanien die bis dahin immer wieder genutzte Option, ihre eigene Wirtschaft durch die Abwertung ihrer Währung gegen die stetigen Exportoffensiven der übermächtigen deutschen Industrie zu schützen. »Wir haben gegenüber diesen Ländern – das muss man sich klarmachen – künftig keine Wechselkursrisiken mehr«, triumphierte Kohl. Waigel wiederum prognostizierte, der Euro werde der deutschen Wirtschaft »helfen, Europa als Absatz- und Beschaffungsmarkt zu erschließen«.



Mit Kritik am Euro und Warnungen vor den Folgen seiner Einführung war, wie üblich, die linke Opposition im Parlament weitgehend isoliert. Im Namen der PDS-Gruppe wies Gregor Gysi auf einen recht einfachen Umstand hin: Wenn »sich die Exportchancen Deutschlands erhöhen würden«, »müssen doch andere Produktionsunternehmen in anderen Ländern darunter leiden«; »das heißt, wir wollen den Export Deutschlands erhöhen und damit die Industrie in Portugal, Spanien und anderen Ländern schwächen.« Nun, genauso war es – nur dass es halt niemand außer der linken Opposition offen aussprach. Als die EU zwölf Jahre nach der Bundestagsdebatte zur Einführung des Euro in ihre erste heftige Währungskrise schlitterte, da war klar: Die deutsche Exportwalze hatte die neue Einheitswährung genutzt, um die Staaten Südeuropas mit ihren Ausfuhren zu überrollen und sie in eine exzessive Verschuldung zu treiben. Gysi hatte Recht gehabt.

Und das nicht nur mit dem Hinweis auf die absehbaren Schwierigkeiten der südlichen EU-Länder. In sämtlichen Mitgliedstaaten gebe es Regionen, die mehr, und andere, die weniger exportierten, hielt Gysi fest: »Was ist denn mit jenen Regionen auch in Deutschland, die kaum exportieren?« Sie würden, das war klar, von den Exportvorteilen, die die Einheitswährung der deutschen Industrie einbrachte, so gut wie gar nicht profitieren. Das traf vor allem Ostdeutschland. Davor warnte auch eine versprengte Gruppe von sechs SPD-Abgeordneten, die zwar der Einführung des Euro zustimmten, aber doch immerhin in einer Erklärung zu Protokoll gaben, sie sähen in Zukunft »die Gefahr einer weiteren Verschlechterung des Wirtschaftsstandortes Ostdeutschland«. Und so kam es auch. Im Oktober 2019, mehr als 20 Jahre nach der Bonner Euro-Debatte, stellte der Leipziger Wirtschaftsprofessor Gunther Schnabl fest, »von den hohen Exportüberschüssen« hätten »vor allem die exportorientierten westdeutschen Großunternehmen und Hidden Champions« – erfolgreiche Mittelständler – profitiert; »die mehr auf den Binnenmarkt ausgerichteten ostdeutschen Klein- und Mittelunternehmen waren hingegen mit einer stagnierenden Binnennachfrage konfrontiert.«

## Sonderprofite für die BRD

Wer hat, dem wird gegeben: Die Einführung des Euro verfehlte ihre – absehbare – Wirkung nicht. 575 Abgeordnete stimmten ihr am 23. April 1998 zu, fünf enthielten sich, 35 stimmten dagegen, davon 27 von der PDS. Am 2. Mai 1998 segneten die Staats- und Regierungschefs der EU die Einheitswährung ab. Am 1. Juni 1998 wurde, eine Begleitfolge, die Europäische Zentralbank (EZB) eingerichtet, mit Sitz in Frankfurt am Main. Am 1. Januar 1999 wurde dann der Euro eingeführt, zunächst freilich nur als Buchgeld; als Bargeld ist er seit dem 1. Januar 2002 in Umlauf. Und während die Eurokrise bald zeigte, wer die Verlierer der neuen Währung waren – die südlichen Euro-Staaten –, ergab eine [Studie des Freiburger Centrums für Europäische Politik \(CEP\)](#) im Februar 2019, dass kein EU-Staat mehr von ihr profitiert hatte als die Bundesrepublik. Demnach beliefen sich die Sonderprofite, die Deutschland dem Euro verdankte, allein bis 2017 auf 1,9 Billionen Euro. Wie viel davon im Westen beziehungsweise im Osten der Bundesrepublik aufgelaufen waren, berechnete das CEP nicht.

Drei Wochen kostenlos lesen

Wir sollten uns mal kennenlernen: Die Tageszeitung *junge Welt* berichtet anders als die meisten Medien. Sie bezieht eine aufklärerische Position ohne Besserwisserei und wirkt durch Argumente, Qualität, Unterhaltsamkeit und Biss.

**Testen Sie jetzt die *junge Welt* drei Wochen lang (im europäischen Ausland zwei Wochen) kostenlos.** Danach ist Schluss, das Probeabo endet automatisch.